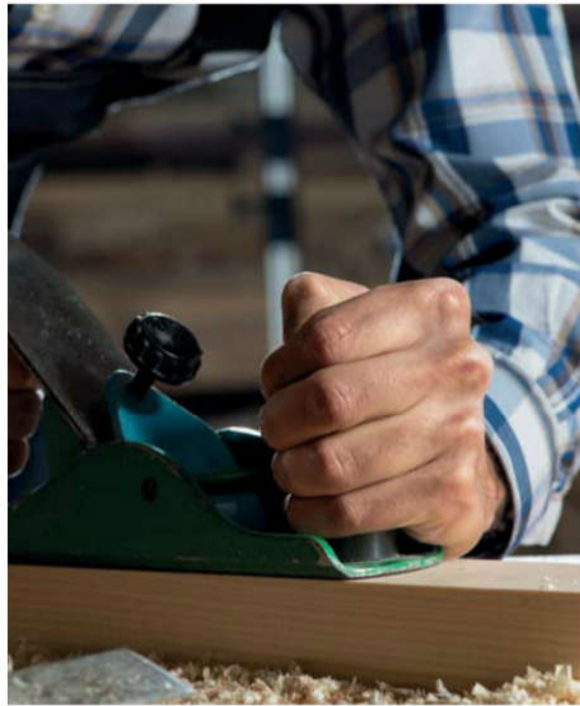




## Wirtschaft quer

von Stefan Perini – Direktor AFI

Die Urbanisierung schreitet voran, auch in Südtirol. Viele Jugendliche zieht es in die Stadt, weil dort die hochqualifizierten Jobs sind. Die Folge sind Abwanderung und, auf lange Sicht, strukturschwache Gebiete auf dem Land. Auf's Neue beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass Arbeitsplätze zu den Menschen gebracht werden müssen, damit der ländliche Raum leben kann. Leider gehe der Trend in eine andere Richtung, schreiben die Landtagsabgeordneten Noggler, Wurzer und Amhof in einem Beschlussantrag an die Landesregierung: Der Staat ziehe sich aus der Peripherie zurück (Gerichtsämter, Sicherheitskräfte) - es



liege also am Land, dieser Zentralisierung im Rahmen seiner Möglichkeiten entgegenzuwirken. Wie es geht, macht Bayern vor. Über 50 Behörden und öffentliche Einrichtungen mit insgesamt

## Ja zu dezentralen Arbeitsplätzen

Um **Strukturschwächen** der **Peripherie** auszugleichen, sollen Landesämter in den ländlichen Raum verlegt werden. Was Bayern mit Erfolg vormacht, wird auch in Südtirol funktionieren.

über 3.000 Beamten werden aus den Ballungszentren ausgesiedelt. Es soll „kein Bayern der zwei Geschwindigkeiten in Stadt und Land“ geben. Für Südtirol hat Landeshauptmann Kompatscher deutlich gemacht, dass eine mögliche Dezentralisierung von Ämtern bescheidener ausfallen wird. Es ist schon paradox: Auf der einen Seite gibt die öffentliche Verwaltung „unrentable“ Außenstellen und Standorte auf. Sind die Arbeitsplätze einmal verschwunden, dann muss über die Regionalentwicklung (EFRE) und über den Sozialfond (ESF) die entstandene Strukturschwäche ausgeglichen werden. Hier sieht man, wie sich betriebswirtschaftliches und volkswirtschaftliches Denken unterscheiden. Das eine funktioniert

für den Einzelfall, das andere denkt in weiteren Zusammenhängen. Volkswirtschaftlich ist die Verlagerung von Ämtern in den ländlichen Raum eine vorbeugende Maßnahme für jene Gebiete, wo es an qualifizierten Arbeitsplätzen mangelt. Eine AFI-Studie aus dem Jahr 2013 hat aufgezeigt, wo die Problemzonen in Südtirol liegen. Es sind dies die funktionalen Kleinregionen Mals, St. Martin in Passeier und Sand in Taufers. Im Beschlussantrag ist die Landesregierung aufgefordert, innerhalb eines Jahres ein Programm zur Verlagerung von bestehenden Landesämtern und Einrichtungen in den ländlichen Raum zu erarbeiten. Die zeitnahe Einsetzung einer Arbeitsgruppe könnte der erste Schritt in diese Richtung sein.

